

Calmer Tagblatt

Nr. 45

Amis- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 120 Mk., Familienanzeigen 75 Mk., Reklamen 330 Mk. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Freitag, den 23. Februar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 1200 Mk. monatlich, Postbezugspreis 1200 Mk. mit Beleggeld. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Da die Franzosen jetzt auch die Steuerämter im besetzten Gebiet beschlagnahmt, die Beamten ausgewiesen und die Steuerlisten beraubt haben, und weiterhin die Zahlung von Steuern und Zöllen fordern, so wurde vom Reichsfinanzministerium ein Verbot der Abgabenzahlung aller Art erlassen.

Die deutsche Regierung hat an alle Staaten eine Denkschrift geschickt, in der sie auf die Rechtswidrigkeit des französisch-belgischen Einbruchs hinweist und auf die sich daran anschließenden weiteren Rechtsverletzungen.

Der Hauptkriegsührer der Entente, Delcassé, ist gestorben.

Ein interessantes Ergebnis hat die Wahl des Präsidenten des französischen Senats gezeitigt, dessen Vorsitzender Léon Bourgeois aus „Gesundheitsrücksichten“ zurückgetreten ist. Es wurde wieder ein Anhänger der Linken, die Poincaré's Politik mitmacht, gewählt.

Die französische Gewaltpolitik.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Berlin, 23. Febr. Die Franzosen verübten gestern wieder eine Reihe von Anschlägen gegen die deutsche Zollverwaltung, indem sie wieder verschiedene Zollämter, Hauptzollämter und Bezirksinspektionen besetzt haben. Die in den Ämtern anwesenden Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung wurden gewaltsam vertrieben und den Einlass Begehrenden wurde mit Waffengewalt der Zutritt verwehrt.

Welbert, 23. Febr. Gestern Nachmittag wurden sämtliche Ausgänge des Postamts von schwarzen Franzosen besetzt. Postdirektor Winter ist wegen angeblicher Sabotage einer von den Franzosen beschlagnahmten Fernsprecheinrichtung verhaftet und nach Bredeley gebracht worden.

Eisen, 23. Febr. Wie aus Friedrichsfeld gemeldet wird, lassen die Franzosen neuerdings die für Holland bestimmten Kohlen aus dem Ruhrgebiet nicht hinaus, sondern verlangen zunächst deren Verzollung. In Duisburg ist gestern von den Franzosen die Eisenbahnstationskasse beschlagnahmt worden. Welcher Betrag in ihre Hand gefallen ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Karlsruhe, 22. Febr. Referendar Emsheimer-Offenburg ist aus der Haft entlassen und ausgewiesen worden. Er wurde von 2 französischen Gendarmen in einem Auto bis kurz vor Neudorf gebracht und auf der Straße ausgehakt. Auch der Vorstand der Eisenbahnbetriebsinspektion, Regierungsrat Säger, und Postdirektor Krieg sind mit ihren Familien ausgewiesen worden. Die Ausweisung wird aber erst erfolgen, wenn, wie die Rheinlandkommission dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitteilte, die gegen die beiden Beamten vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz anhängigen Strafverfahren beendet sind und sie ihre Strafen verbüßt haben. Beide befinden sich noch im Gefängnis in Mainz.

Mainz, 22. Febr. Der Nachtverkehr ist anlässlich des Streiks der Post- und Telegraphenbeamten von heute Abend ab für die Deutschen von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unteragt worden. Alle öffentlichen Lokale müssen demzufolge um 9 Uhr abends geschlossen sein. Von der Verkehrssperre sind nur ausgenommen die Untertanen der an der Besetzung teilnehmenden Mächte, sowie Deutsche, deren Beruf notwendigerweise auch während der Sperrnachtsstunden ausgeübt werden muß, letztere allerdings nur gegen besonderen Ausweis.

Berlin, 22. Febr. Die Straße Neuh-Düren ist von französischem Personal besetzt. — In Düsseldorf lassen, wie den Zeitungen mitgeteilt wird, Arbeitslose zu einem Tageslohn von 60 000 Mark als Erd- und Bergarbeiter angeworben worden sein. Darunter sollen Galizier sein, die in Berlin von französischen Agenten angeworben wurden. Maßnahmen gegen diese Zustände sind getroffen worden. — In Moselweiß ist die Stadtbaukasse mit einer Summe von über 100 Millionen Mark, die zur Lohnzahlung bestimmt war, weggenommen worden. — Der Bürgermeister von Gelsenkirchen ist freigelassen worden.

Delcassé †

Nizza, 22. Febr. Der frühere Minister des Aeußern, Delcassé, ist plötzlich gestorben. — Delcassé hat den traurigen Ruhm, von sich sagen zu können, daß er einer der Hauptverantwortlichen für den Weltkrieg ist. Er hat zwanzig Jahre lang den Krieg planmäßig vorbereitet, indem er das aggressive Bündnis mit England schuf und festigte, und namentlich in den letzten Jahren als Gesandter in Petersburg die russische Kriegsbegeisterung inszeniert und geleitet hat. Man hätte wünschen mögen, daß dieser Mörder der europäischen Kultur solange gelebt hätte, bis er das Ergebnis seines Wertes wirklich hätte überschauen können, nämlich nicht nur den Ruin Europas, sondern vor allem auch den seines Landes.

Paris, 22. Febr. Ueber die näheren Umstände bei dem Tode Delcassés meldet die Agentur Havas aus Nizza, daß Delcassé auf dem Heimwege von einem Konzert gestern Abend um 6 Uhr einen Schlaganfall erlitten habe. Seine Leiche sei von Vorübergehenden auf einer Gartenbank gefunden worden.

Immer neue unerhörte Gewalt- u. Raubaktionen.

Beschlagnahme der deutschen Steuereinnahmen und Forderung der Steuerzahlung.

Berlin, 22. Febr. (Amitt.) Frankreich und Belgien versuchen im altbesetzten Gebiet wie in dem Einbruchgebiet, den klaren Rechten zuwider, durch gewaltsame Zugriffe die deutschen Steuereinnahmen an sich zu reißen. Zu diesem Zweck besetzen sie die Kassen der deutschen Zollämter und entfernen die deutschen Beamten aus ihren Arbeitsräumen und fordern Steuerzahlung. Die Kassen, die sich in fremder Gewalt befinden, sind nicht mehr Dienststellen des Reichs. Die deutschen Steuern können aber rechtswirksam nur an das Reich gezahlt werden; es ist verboten, sie an Frankreich oder Belgien zu zahlen. Eine Zahlung an Frankreich und Belgien befreit den Steuerpflichtigen nicht von seiner Steuerpflicht. Wer nicht den Gewalttätigen der Einbruchsmächte seiner wasserländischen und seiner Rechtspflicht entgegen unterstehen und wer sich selbst vor doppelter Inanspruchnahme bewahren will, muß daher seine fälligen Zahlungen an die Kassen des Reichs leisten.

Berlin, 22. Febr. Der Reichsfinanzminister veröffentlicht folgende Kundgebung an die Angehörigen der Reichszollverwaltung im besetzten und im Einbruchgebiet: Die interalliierte Rheinlandskommission beschloß soeben, sämtliche deutschen Zollbeamten im besetzten und im Einbruchgebiet ihres Amtes zu entheben und die Dienststellen der Reichszollverwaltung aufzuheben. Die Franzosen und Belgier wollen gegen Beamte, die ihre Pflicht gegenüber der deutschen Regierung erfüllen, mit schärfsten Strafmitteln vorgehen. Sie versuchen, die deutsche Zollverwaltung im Westen des Reichs zu zerstören und hoffen auf diese Weise, den entscheidenden Schlag gegen die wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reichs führen zu können. Dieser neue Gewaltakt ist nichts anderes als das Geständnis, daß alle bisherigen Versuche, die Angehörigen der Zollverwaltung zum Verstoß ihres Eides zu verführen, fehlschlagen sind. Ich bin überzeugt, daß die Zollbeamten und Angestellten aller Dienstgrade gegenüber diesem neuen Gewaltakt mit der gleichen Festigkeit und Ausdauer im Widerstand beharren werden, die sie ebenso wie die übrigen Teile der Bevölkerung bisher bewiesen haben. Den Zollbeamten, die durch unbeugbares Ausharren auf ihrem Posten den Bestand des Reichs und die deutsche Wirtschaft verteidigen, ist der bleibende Dank des deutschen Volkes gewiß. Sie können auch sicher sein, daß die Reichsfinanzverwaltung für sie und ihre Angehörigen einsteht und ihnen alle Schädigungen voll ersetzen wird.

Strenges Verbot der Unterstützung der feindlichen Gewaltmaßnahmen.

Berlin, 23. Febr. Die Interalliierte Rheinlandkommission und die Besatzungsbehörden haben ein ganzes System von Verordnungen erlassen, die das Wirtschaftsleben im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiet erdroffeln und gleichzeitig Zahlungen erpressen sollen. Diese Bedeutung haben die Beschlagnahmungen der Kohlen, der Forsten, der Zölle, der Ausfuhrabgaben, der Devisen usw., sowie die Knebelung der Ein- und Ausfuhr. Die Verordnungen sind völkerrechtswidrig, rechtswidrig und ihre Befolgung ist verboten. Wer sich den Verordnungen unterwirft, macht sich zum Helfer der gegnerischen Gewaltpolitik. Jede Zoll- und Steuerzahlung, jede Devisen- und Ausfuhrabgabe, die den Kassen der interalliierten Organe zufließt, jeder Antrag, der bei einer solchen Behörde auf Grund jener Verordnungen gestellt wird, bedeutet ein Verbrechen am deut-

ischen Vaterland. Wer von den Gegnern beschlagnahmte Waren an sich bringt, erwirbt kein Eigentum, wird vielmehr wegen Hehlerei bestraft und hat dem rechtmäßigen Eigentümer Schadenersatz zu leisten. Wer mit den gegnerischen Behörden und Stellen in Verbindung tritt, liefert den Gegnern Material für die Handelsespionage in die Hände. Ein solches Verhalten ist Landesverrat. Die Reichsregierung verbietet daher ausdrücklich jede Befolgung dieser Verordnungen.

Verbot der Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität an die Einbruchsmächte.

Berlin, 22. Febr. Wie wir erfahren, hat der Reichskohlenkommissar bereits vor einiger Zeit auf Grund der ihm zustehenden Befugnisse angeordnet, das Vorgehen der Besatzungsmächte im Einbruchgebiet dem Gas-, Wasser- und Elektrizitätsdienst dieses Gebiets die Abgabe von Gas, Wasser und Strom in Fällen, wo die Lieferung überwiegend den Besatzungsmächten zugute kommen würde, unter Strafandrohung verboten. Die Entscheidung über das Vorliegen der genannten Voraussetzung hat sich der Reichskohlenkommissar in jedem einzelnen Falle vorbehalten.

Weitere Proteste der deutschen Regierung.

Berlin, 22. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung namens der deutschen Regierung eine Protestnote zu überreichen, in der die deutsche Regierung gegen die am 17. Febr. von den Franzosen auf der Zeche „Prinzregent“ in Dortmund, wo ein 15jähriger Arbeiter erschossen wurde, ein älterer Arbeiter einen Streikschuß erhielt und ein Wagenkontrollleur verhaftet wurde, schärfsten Einspruch erhebt und sich vorbehält, volle Genugtuung zu fordern. — In ihrer Antwort auf die deutsche Protestnote vom 27. Januar wegen der Verwundung des Arbeiters Drees in Kirchende bei Hagen — der inzwischen gestorben ist — sagt die französische Regierung, daß die franz. Wache pflichtgemäß gehandelt habe, als sie auf den Arbeiter geschossen habe, da dieser trotz des Anrufs auf sie zugegangen sei. Das Verhalten der Wache sei auch schon deshalb gerechtfertigt, weil in der Nähe der Stelle, wo der Arbeiter verwundet wurde, ein Revolver gefunden worden sei. — Die deutsche Regierung stellt demgegenüber in einer neuen Note fest, daß die französische Darstellung nicht den Tatsachen entspreche. Tatsache sei vielmehr, daß Drees ohne Grund von hinten erschossen wurde und daß er keinen Revolver besessen habe. Erst am nächsten Morgen nach dem Vorfall habe ein französischer Offizier einen Revolver belgischen Ursprungs mit der Behauptung vorgewiesen, daß er an der Stelle gefunden worden sei, wo Drees verwundet wurde. Die deutsche Regierung halte also ihren Protest aufrecht.

Eine deutsche Denkschrift über die rechtswidrigen Zwangsmaßnahmen.

Berlin, 23. Febr. Die Reichsregierung hat den Regierungen aller Signatarstaaten des Vertrages von Versailles außer Frankreich und Belgien eine Denkschrift über die Rechtswidrigkeit der französisch-belgischen Sanktionsmaßnahmen mitgeteilt. In der Denkschrift werden die durch das französisch-belgische Vorgehen aufgeworfenen grundsätzlichen Rechtsfragen einer genauen Prüfung unterworfen. Die in den verschiedenen deutschen Protestnoten bereits festgestellte Rechts- und Vertragswidrigkeit des Vorgehens wird an Hand der Bestimmungen des Vertrags von Versailles, des Rheinlandabkommens und der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im einzelnen nachgewiesen. Von besonderem Interesse ist dabei, daß sich die Denkschrift bei der Erörterung der von den Franzosen und Belgiern im Ruhrgebiet nach dem Einmarsch getroffenen Maßnahmen auf ein 1913 erschienenenes grundlegendes französisches Werk von Robin: „Des Occupations militaires en dehors des Occupations de la guerre, Paris, 1913“ stützen kann. Die Ausführungen dieses Werkes bedeuten die denkbar schärfste Verurteilung des Verhaltens der französischen und belgischen Okkupationsbehörden. — Die Denkschrift wird auch den Regierungen der Nichtsignatarstaaten des Vertrages von Versailles zur Kenntnis gebracht.

Das Ergebnis der belgisch-französischen Verhandlungen über die Gewaltpolitik im Ruhrgebiet.

Paris, 22. Febr. Ueber das Ergebnis der gestrigen Besprechung mit dem belgischen Ministerpräsidenten weiß Havas noch weiter zu berichten, es sei ferner besprochen worden die Frage

markt war
Handel war
kosten
2-3jährig
tionen, Rühr
5-25 Mill.
Auf dem
130 000 M.
das Stück
markt.) Zu-
end und flau.
N. Markt, mit
Mill. Markt,
19 Zentner
übe in Milch
m kostete ein
Paar Milch-
gen wurden
Saugfahweine
apelle nimmhe
cht aufzufehen
weitesten Krei-
rd das Wahr-
fahrzeichen, das
einer Brüdens-
Auch der so-
Süddeutsche
ne deutsche
be, nebst vielen
aus der engern
af einem Druck-
am Landesamt
uch (Verlag N.
apier über 200
worte führen in
s ein und vers-
Städtebilds und
or allem in der
ndringen anzu-
s und der Pfalz
en Zerstörungen
käfte dieses Ge-
it Recht darauf
sinuloser Grau-
leg aus bitterer
uld von Frank-
uch unsere enste
len zu erzählten
diesmal unser
ch auch die neue
nd auf deutsch
D. F.
a n n, Calw,
rel, Calw.
eifer Hund
ogterrier)
verlaufen.
ückgabe bittet
hl, Ostelsheim.
or Ankauf
gewarnt.
enbutach.
interhaltenen, leicht.
erwagen
erkaufen oder zu
ith, Steinte,
Schmelzener.
oder tauische
rächliche
e gegen
raches Hen.
ter, Station
ach-Neuhäufen.
alw;

Der Abhebung der fabrizierten Produkte des Ruhrgebiets. Da deren Ausfuhr unterlagt sei und die Fabriken, die metallurgische Produkte herstellen, fortfahren zu arbeiten, ohne ihre Produkte absetzen zu können, die sie jetzt auf Lager setzen, würden die Alliierten an dem Tage, an dem der Widerstand des Deutschen Reiches noch fortbestehe, die Produktion zu ihrem Nutzen verkaufen. Das sei eine Eventualität, die gestern ins Auge gefaßt wurde und eine der Strafmaßnahmen, die man durchzuführen gedenke. Erleichterungen in der Ausfuhr, um das alliierte Regime zu mildern, könnten bewilligt werden, wenn das Interesse gestatte, dies zu tun. Auf alle Fälle aber würde der Befehl erteilt, daß die neutralen Länder durch das Ausfuhrverbot nicht behindert würden. Auch die Währungsfrage sei geprüft worden. Ein allgemeiner Plan für die eventuelle Einführung mit Hilfe eines belgisch-französischen Finanzkonjunktions sei angenommen worden. Aber auch nach dieser Richtung werde keine Entscheidung getroffen, solange das Deutsche Reich nicht durch die Geldknappheit eine neue Währung obligatorisch machen würde. Jedoch würden die technischen Vorbereitungen durch die Sachverständigen in Paris fortgesetzt werden. Des weiteren sehe man die Einführung von Zöllen auf ausländische Produkte bei der Einführung in Deutschland vor. Endlich sei gestern nicht von Verbindung der einzelnen Befehlsstellen im besetzten Gebiet gesprochen worden, da das Verwaltungssystem, das jetzt in Kraft sei, endgültig zu betrachten sei.

Der französische Raubfeldzug.

Essen, 22. Febr. Bei der gestrigen Umschnürung Bochums fielen den Franzosen 28 Lokomotiven, 20 Packwagen, 167 beladene Kohlenwagen, 75 leere, offene Wagen, 11 Personenwagen und 2 Schlafwagen in die Hände, die nach Dahnbrun abtransportiert wurden. Infolge des kalten Wetters sind die Besatzungstruppen sehr darauf bedacht, Kohlen für ihre Quartiere zu erhalten. Da sie von den Zechen nichts bekommen, beschlagnahmen sie die durch die Stadt fahrenden Kohlenwagen.

Der Zugverkehr nach französischer „Statistik“.

Berlin, 23. Febr. Der Sonderberichterstatter von Havas meldet, die französischen Posten hätten gestern 3 Waggons mit Metallfabrikaten, 35 Waggons mit anderen Waren und 197 schwere Wagen angehalten und zurückgeschickt. 416 Wagen mit Lebensmitteln und außerdem 1424 Wagen mit anderen Waren seien ins Ruhrgebiet hineingekommen, 111 Wagen mit Lebensmitteln und 1067 Waggons mit anderen Waren aus dem Ruhrgebiet hinausgeschickt. In Weidau seien 3 Kohlenzüge nach Frankreich, 2 nach Belgien, 5 nach Holland und 2 nach der Schweiz abgegangen.

Verkehrslage im Ruhrgebiet im Januar 1923.

Essen, 22. Febr. Im Monat Januar hielt sich die Kohlenförderung im Vergleich zum Vormonat, abgesehen von kürzeren Proteststreiks, auf verschiedenen Schachtkanlagen als Folge der Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen und Belgier, in den normalen Grenzen. Während die Reparationsleistungen an Kohle bis zum Bruch des Vertrags von Versailles in vollem Umfang aufrecht erhalten werden, werden diese nach der Besetzung auf Anweisung des Reichskohlenkommissars an die vertragsbrüchigen Staaten eingestellt. Von diesem Zeitpunkt an gingen bis Ende des Monats unter Ausnutzung aller vorhandenen Transportmöglichkeiten die gefährdeten Kohlen unbehindert in das unbesetzte Gebiet, sodaß dieses in weitestem Maße mit Brennstoffen versorgt werden konnte. Da jedoch mit dem 1. Februar von der Besetzung der Kohlen- und Koksgrube für das unbesetzte Deutschland verhängt wurde, änderte sich die Lage, sodaß vom 1. Februar an keine Kohlen- und Kokszüge mehr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet kamen. Die Zahl der im Bergbau tätigen Arbeiter hat sich gegen den Vormonat kaum wesentlich verändert. Die Bergarbeiter konnten vollauf beschäftigt werden.

Die französische Lügenpropaganda an der Arbeit.

Paris, 22. Febr. Wie die Agentur Havas behauptet, hätten sich 20 000 Arbeitslose auf dem Königsplatz in München-Gladbach versammelt, um Arbeit zu verlangen. Der „Temps“ fügt dieser Notiz hinzu, die Stadt München-Gladbach zähle 40 000 Arbeiter, wodurch die Agenturmeldung nicht an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

Paris, 22. Febr. Der Sonderberichterstatter von Havas in Düsseldorf meldet, Arbeitslose in großer Zahl ständen immer noch den ganzen Tag vor dem Hauptbahnhof, in dem sich die Annahmestelle für die französische Eisenbahnleitung befände. Gestern seien 144 Rangierer und Eisenbahnschaffarbeiter eingestellt worden.

Schwedische Arbeiter in Innsbruck angehalten.

Innsbruck, 22. Febr. Wie der „Tiroler Anzeiger“ meldet, wurden gestern wiederum schwedische Arbeiter, von denen vermutet wird, daß sie von den Franzosen für das Ruhrgebiet angeworben sind, im hiesigen Bahnhof zum Aussteigen gezwungen.

Das übliche Frage- und Antwortspiel im englischen Unterhaus.

London, 22. Febr. Im Unterhaus fragte das Mitglied der Arbeiterpartei, Leach, den Premierminister, ob Mitteilungen zwischen der britischen Regierung und der französischen Regierung bezüglich der Besetzung des Ruhrgebiets erfolgt seien und ob irgend ein Versprechen von der französischen Regierung über die Art und Dauer der Besetzung gegeben wurde, das es auch klar mache, daß, sobald ein Uebereinkommen erzielt werde, Frankreich alle politischen Ziele betreffend das deutsche Gebiet aufgeben werde. Bonar Law erwiderte, die britische Regierung habe kein Versprechen der französischen Regierung bezüglich der Dauer der Ruhrbesetzung erhalten. Was die Art der Besetzung betreffe, so habe die französische Regierung der britischen Regierung eine Abschrift ihrer Note vom 10. Januar an die deutsche Regierung übermittelt, worin die geplanten Maß-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Zuderversorgung.

Infolge der Ausfuhr-Sperre für Frankenthal durch die Franzosen konnte ein Wagen des Januarzuders durch die Zuderfabrik Frankenthal nicht mehr geliefert werden. Die Landesversorgungsstelle hat daraufhin diese Restlieferung einer anderen Zuderfabrik übertragen. Die Ausgabe des Zuders kann erst erfolgen, wenn dieser Wagen eingetroffen sein wird, was in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Calw, den 22. Febr. 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

nahmen mitgeteilt wurden. In dieser Mitteilung heiße es, daß der Zweck der Besetzung sei, die Durchführung des von der Reparationskommission aufgestellten Zahlungsplans zu sichern. Davidson (Konserativ) fragte, ob die britische Regierung von den von den deutschen Gerichten bezüglich der Kriegsbeschuldigten getroffenen Entscheidungen befriedigt sei und welche weitere Aktion unternommen werde, um die Liste der Kriegsbeschuldigten zu erleichtern, über die noch nicht verhandelt wurde. Mac Neill erwiderte, die Antwort auf den ersten Teil der Frage laute verneinend und bezüglich des zweiten Teils sei er nicht in der Lage, Auskunft zu erteilen. — Die Anfrage bezüglich der Kriegsbeschuldigten hat einen durchsichtigen Zweck, nämlich den, das Volk von den Vorgängen an der Ruhr abzulenken, und seine Feindseligkeit gegen Deutschland wachzuhalten bzw. wieder zu wecken.

Salomonische Weisheiten des Herrn Lord Robert Cecil.

London, 22. Febr. Lord Robert Cecil sagte in einer Rede in Cambridge, es bestöhe die ernste Gefahr, daß der Völkerbund Instrument einer Gruppe von Staaten werde, anstatt das Organ aller zu sein. Er glaube, daß die Lösung der Ruhrfrage schließlich vom Völkerbund vorgenommen werden müsse. Es bestöhe aber die große Gefahr, die Möglichkeit einer Lösung zu vernichten, wenn man nicht den rechten Augenblick für eine Vermittlung abwartete.

Zur auswärtigen Lage.

Sieg der Linken bei der Präsidentschaftswahl im französischen Senat.

Paris, 22. Febr. In der heutigen Senatsitzung wurde die Ersatzwahl für den seitherigen Präsidenten Bourgeois, der aus Gesundheitsrückgründen demissioniert hat, vorgenommen. Im ersten Wahlgang erzielte der Kandidat der demokratischen Linken, Gaston Doumergue, 111 Stimmen, der Kandidat der Rechten, de Selves, ebenfalls 111 Stimmen und der Vizepräsident des Senats, Alexander Berard, 52 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurde Senator Doumergue mit 142 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Senator de Selves erhielt 133 Stimmen.

Griechenland gegen die Verschleppung der Friedensverhandlungen.

Paris, 22. Febr. Nach einer Havas-Meldung aus Athen wird, den Blättern zufolge, Griechenland den Alliierten, falls dies noch nicht geschehen sei, unverzüglich mitteilen, daß ein Versuch von irgend einer Seite, die gegenwärtige unentschiedene Lage in die Länge zu ziehen, Griechenland nicht gleichgültig lassen dürfe.

Italienische und tschechische Einberufungen.

München, 21. Febr. Die Tschechei und Italien leugnen, daß sie Einrückungsbefehle hinausgehen lassen. Der Münchener Vertreter des „Stuttg. Tagblatts“ hat mit eigenen Augen einen tschechischen und einen italienischen Einrückungsbefehl gesehen. Gegen diese Tatsache helfen alle Dementis von Prag und Rom nichts. Diese beiden Einrückungsbefehle sind an Personen gegangen, die früher Oesterreicher und durch den Frieden von Saint Germain Tschechen bzw. Italiener geworden sind, aber inzwischen die bayerische Staatsangehörigkeit erlangt haben.

Ablehnung eines Kredits für Deutschland durch den amerikanischen Senat.

Paris, 22. Febr. Der „Temps“ veröffentlicht eine Agenturmeldung aus Washington, wonach der Finanzausschuß des Senats einstimmig den Vorschlag abgelehnt hat, Deutschland einen Kredit von 1 Million Dollar zum Ankauf von Produkten in den Vereinigten Staaten zu bewilligen.

Vermischtes.

Brand einer Papierfabrik.

Stettin, 21. Febr. Heute vormittag brach in der Stettiner Papier- und Pappfabrik aus unbekannter Ursache Feuer aus. Eine Reihe rother Lagerhäuser ist niedergebrannt. Ebenso sind 180 Eisenbahnwagen, die mit Papier beladen waren, verbrannt. Da der Wind die Flammen ins Freie trieb, blieb das Fabrikgebäude unversehrt, sodaß der Betrieb nicht gestört ist.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 22. Febr. Heute heute Vormittag ist außer der elektrischen Stromversorgung auch die Gaszufuhr unterbrochen. Der Bürgermeister sah sich zu dieser Maßnahme infolge des Bergarbeiterstreiks gezwungen, obgleich die Streikleitung behauptet, daß genügende Kohlenmengen zur Verfügung des Gaswerks gestellt worden seien.

Aufrechterhaltung der Haft des französischen Kommunistenführers.

Paris, 20. Febr. Die Kammer beschäftigte sich heute mit dem Antrag der Sozialisten, den verhafteten kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin, der unter der Anklage, antisozialistische Propaganda im Ruhrgebiet getrieben zu haben, verhaftet worden war, provisorisch in Freiheit zu setzen. Abgeordneter Compère-Morel begründete den An-

trag und erklärte, nach dem Stenogramm der Rede, die Cachin in Essen gehalten habe, habe er niemals die Worte gebraucht, die der „Matin“ und der Brief des Staatsanwalts an die Kammer ihm in den Mund gelegt hätten. Der gute Glaube der Kammer sei getäuscht worden, als sie eine parlamentarische Immunität aufgehoben habe. Man habe sich auf Texte gestützt, deren Unrichtigkeit jetzt festgestellt sei. Die gegen Cachin gerichteten Anklagen seien so falsch, daß der Untersuchungsrichter nicht einmal bei dem Verhör darauf zurückgekommen sei. Das Verlangen der Sozialisten wurde dann von dem radikalen Abgeordneten Cheusi unterstützt, doch wurde schließlich der Antrag mit 351 gegen 190 Stimmen abgelehnt. — So steht die Immunitätsgarantie in Frankreich aus.

Deutschland.

Gegen landesverräterische Verbündigungen der Kommunisten.

* Im Reichstag brachte gestern der Kommunist Barth einen Artikel der „Roten Fahne“ zur Sprache, wonach dieser Tage im Reichswehrministerium eine Sitzung stattgefunden habe, an der außer dem Reichskanzler auch sozialdemokratische Minister und die preußischen Oberpräsidenten teilgenommen hätten. Es habe sich darum gehandelt, gewissen Organisationen Waffen zur Verfügung zu stellen wie bei den Kämpfen in Oberschlesien. Dazu wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Berlin, 22. Febr. Zu der irreführenden Veröffentlichung der „Roten Fahne“ vom 22. Februar wird uns mitgeteilt: Vor kurzer Zeit nach monatelangen Verhandlungen eine Verständigung der preussischen Staatsregierung mit den zuständigen Reichsstellen über die Mittel und Wege zustande gekommen mit deren Hilfe die innerpolitische Beunruhigung durch die zahlreichen, trotz aller Verbote weiter bestehenden oder unter anderem Namen neu erscheinenden Selbstschutz-Organisationen beseitigt werden soll. Es galt zu verhüten, daß die bereits gekennzeichneten Vereinigungen sich Aufgaben des Bevölkerungsschutzes oder gar politischer Natur anmaßen, die allein von Staat und Reich zu erfüllen sind. Im Sinne des erzielten Einvernehmens wird von Staats- und Reichsregierung fortan in gleicher Weise vorgegangen und insbesondere jeder Mäßigkeits- oder dem Verdacht eines Zusammenhangs von solchen Verbänden mit den Staats- und Reichseinrichtungen oder mit Beamten vorgebeugt werden.

Zu den Maßnahmen der „Roten Fahne“ erwähnt der „Ämtliche preussische Pressedienst“ weiter, daß eine Sitzung, an der der preussische Minister Severing gemeinsam mit dem General Seefeld teilgenommen, überhaupt nicht stattgefunden hat. Auch die von der „Roten Fahne“ behauptete Teilnahme der preussischen Oberpräsidenten an einer solchen Sitzung im Reichswehrministerium ist frei von dem Blatt erfunden. Die preussischen Oberpräsidenten waren nur vor kurzem hier und zwar beim Oberpräsidium Charlottenburg versammelt, aber lediglich, um über die Durchorganisation der Ruhrhilfe in den einzelnen Provinzen zu beraten. — Auch der Reichswehrminister hat im Reichstag diese Mitteilungen als unwahr bezeichnet.

Die Frage des neuen Getreideumlagepreises.

Berlin, 22. Febr. Im Steuerausschuß des Reichstages legte bei der zweiten Lesung des Getreidewurfs über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen Reichsbankpräsident Havenstein dar, daß die Vorteile der Auskunftsfrist der Banken bei Steuerhinterziehungen weit überwozen würden von den wirtschaftlichen Nachteilen. Die Reichsbank könne sich daher nur für die völlige Wiederherstellung des Bankgeheimnisses aussprechen.

Berlin, 22. Febr. Die gemischte Kommission des Reichstages zur Festlegung der Getreideumlagepreise beschäftigte sich mit dem Preis für das vierte und das fünfte Sechstel der Umlage. Die Vertreter einer Landesregierung beantragten eine Verdreifachung des bisherigen Preises, der 165 000 Mark für die Tonne beträgt. Nach anfänglichen Bedenken schlossen sich diesem Antrag die Verbrauchsvertreter an. Der Preis wurde auf 600 000 Mark pro Tonne Angraen für das 4. und das 5. Sechstel der Umlage festgesetzt. Die Produktionskosten der Landwirtschaft betragen heute 678 000 Mark pro Tonne Roggen. Im freien Handel kostet die Tonne Roggen etwa 950 000 Mark.

Bayerisches Lob für den Reichskanzler.

München, 21. Febr. Der bayerische Ministerpräsident, der am Montag zu einer Aussprache mit der Reichsregierung in Berlin weilte, ist hierher zurückgekehrt. Zu seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, daß dieselben einen befriedigenden Verlauf genommen haben. Der Ministerpräsident habe dabei die bayerische Auffassung über den Stand der äußeren Politik dargelegt, vor allen in den Punkten, die Bayern unmittelbar berühren. Die enge Fühlungnahme der bayerischen Regierung mit der Reichsregierung und das Vertrauensverhältnis, das zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler bestehe, übten einen sichtbaren außerordentlich günstigen Einfluß auf die gesamte innerpolitische Politik aus. Bayern lieferte gleichzeitig auch damit den Beweis, daß es ihm nicht um Opposition um jeden Preis zu tun sei, sondern daß ihm die Rolle eines eifrigen Mitarbeiters an den Reichsangelegenheiten bedeutend sympathischer sei. Es gehöre zu den Verdiensten des Reichskanzlers Cuno, daß er von Beginn seiner Amtstätigkeit an in klarer Erkenntnis der innerpolitischen Realitäten nach dem Grundsatz handelte, daß die gedeihliche Führung der Politik des Reiches keine Spannungen zwischen der Reichsleitung und dem zweitgrößten deutschen Bundesstaat vertragen könne. In der überaus großen Mehrheit des bayerischen Volkes werde der Reichskanzler, wenn er den beschrittenen Weg in der Außen- und Innepolitik konsequent und mutig weiterverfolge, jederzeit einen treuen Bundesgenossen für seine Politik haben.

Me u
Augenblid
Ereignisse
laufes ge
ihn noch v
dem ganze
ben. Das
baufchen
angehmit
Kämpf, au
don, schwa
licher Zär
blaf gewo
gellungen
Güdes erg
daß er die
strahlenbe
schließen r
wohin der
ung entfü
die Prinze
gegeben, i
sehr schwä
erstarkt sei
schmer wer
verlassen.
fille, einj
wohnen, w
und münch
füßwohltu
Klaudin
und sah hin
mit seinen

Nus Stadt und Land.

Calw, den 23. Februar 1923.

Vom Rathaus.

Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand gestern Nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Der Vorsitzende machte Mitteilung von dem Angebot von Cornedbeef durch eine Hamburger Großfirma. Die Riste zu je 12 Dosen mit je 5,4 Pfund kostet 155 000 M., sodas das Pfund Büchsenfleisch auf 2600 bis 2700 M kommen würde samt Frachtkosten. Es handelt sich um frische englische Ware, deren Wert dadurch gesteigert wird, daß das Fleisch gelocht ist, wodurch auch das Heizmaterial gespart wird. Da sowohl das hiesige Bezirkskrankenhaus und die Handelsschulen als auch die Gemeinden Liebenzell und Hirau als Abnehmer in Betracht kommen, soll ein Wagen mit etwa 200 Kisten bestellt werden, der also etwa 17 Millionen kosten würde. — Auf Grund der Vereinbarungen des Arbeitgeberverbands der Städte und des württ. Gemeindearbeiterverbands werden die Löhne der städtischen Arbeiter ab 12. Februar gültig bis 25. Februar erhöht. Danach erhalten gelernte Arbeiter über 24 Jahren und alle Verheirateten 1087 Mark in der Stunde, angeleitete Arbeiter 1098 M., ungelernete 988 M. Die Kinderzulage wurde im Februar auf 3600 M festgesetzt. Auch die Löhne der städtischen Waldarbeiter wurden ebenfalls entsprechend den Verhältnissen beim Staat erhöht. Danach erhalten Arbeiter über 20 Jahren 860 M., von 18 bis 20 Jahren 660 M., unter 18 Jahren 470 M. — Entsprechend einer Verfügung des Ministeriums des Innern sollen auch die Gehälter der städtischen Beamten entsprechend den Teuerungszuschlägen der Reichs- und Staatsbeamten im Januar und Februar geregelt werden. Die Gehälter wurden dementsprechend erhöht. 80 Prozent der Gehaltsbezüge werden vom Reich ersetzt. Die Dienstaufwandsentschädigung des Stadtvorstands wurde auf 3 1/2 Prozent seines Gehalts festgesetzt. — Auf die Anfrage von G. N. Sannwald, über den Ertrag der Umschlagsteuer erwiderte der Vorsitzende, daß die Stadt Calw, die 5 Prozent der Steuer zu beanspruchen hat, insgesamt im Jahr 1922 71 000 M erhalten habe. Allgemein wurde dieses Ergebnis als sehr niedrig bezeichnet. Es solle deshalb beim Finanzamt um eine Nachprüfung der Umschlaggaben nachgefragt werden. Die Stadt selbst hat im letzten Jahr allein 517 000 M Umschlagsteuer bezahlt. — Der Antrag des Gaswerks, im Hinblick auf die neuen Kohlenpreissteigerungen den Preis für Brechkohls auf 12 000 M zu erhöhen, für Grobkohls auf 11 950 M, für Bohnenkohls auf 10 000 M zu erhöhen, wurde genehmigt. Der Anfall von Koks ist stark zurückgegangen infolge des Rückgangs des Gasverbrauchs. — Die Fleischbeschaugebühren wurden ab 1. März vom 30fachen auf das 60fache der Beträge vom Januar 1922 erhöht. — Wie der Vorsitzende mitteilt, geht der Bau der Siedlungshäuser im Kapellenberggebiet der Vollendung entgegen, sodas diese größtenteils im April bezogen werden können. Daß die Arbeiten in den letzten Monaten angeht, der gewaltigen Preis- und Lohnsteigerungen fortgeführt werden konnten, ist der Spar- und Vorshubank zu verdanken, die die wiederholt anfallenden Rechnungen bezahlt habe. Der Siedlungsverein bittet nun die zuletzt von der Spar- und Vorshubank bezogenen Darlehen von 20 Millionen Mark auf die Stadt zu übernehmen. Insgesamt hat die Stadt bis jetzt 19 250 000 M für die Siedlungen vorgeschossen. Um eine runde Summe zu erhalten, wurde nun das Darlehen auf 40 Millionen erhöht, sodas also das neue Darlehen 20 1/2 Millionen beträgt. Die Bestimmungen über die Sicherung dieser Darlehen sollen noch mit dem Siedlungsverein vereinbart werden. Die Darlehenssumme verteilt sich auf 19 Wohnungseinheiten, sodas also auf eine Wohnungseinheit etwa 2 Millionen kommen. Der gewaltige Aufwand ist nach den Bemerkungen des Vorsitzenden, abgesehen von den Materialpreissteigerungen auf die Erhöhung der Stundenlöhne zurückzuführen. Ein Tagelöhner habe vor einem halben Jahr 12 M Stunden-

lohn erhalten, heute erhalte er 1000 M, mit Unternehmerszuschlag 1400 M. — Im Anschluß an die Siedlungsbaufrage entspann sich eine eingehende Erörterung der Wohnungsnot in Calw, namentlich im Hinblick auf die Mitteilung, daß die Eisenbahninspektion das neue Reichseisenbahngebäude in der Uhlandstraße nach Stuttgart als frei zur Verfügung angeboten worden sei. Es handelt sich um 7 Wohnungen, es seien aber, wie das Mitglied der Wohnungskommission, G. R. May angibt, 7 Angestellte der Eisenbahn hier, die neue bzw. größere Wohnungen suchen. (Schluß des Berichts morgen.)

Vorträge von Dr. Otto Horch.

Die Arbeit von Dr. Horch an der Jugend wurde zugleich eine Angelegenheit der Gemeinde der Erwachsenen. Mit klarer Absicht hatte Stadtpfarrer Lang Dr. Horch nicht bloß für die Jugend, sondern auch für die Gemeinde gewonnen. Schon vor 14 Tagen sprach Dr. Horch bei einem geschlossenen Elternabend des Jünglingsvereins. Diesmal hielt er bei der wöchentlichen Bibelschule mit. An beiden Abenden war das Vereinshaus bis zum letzten Platz gefüllt, ein Zeichen dafür, wie Dr. Horch durch die Jugend auch den Großen bekannt geworden war. Der nächste Zweck dieser Abende war, die Jugendarbeit stärker als bisher mit der Gemeinde zu verbinden und den Erwachsenen klar zu machen, daß die Jugendvereine von der Gemeinde getragen und gepflegt sein wollen. Der Vortragsabend trug das Thema: Zwischen zwei Welten. Dr. Horch begann mit sehr praktischen, oft heiteren Gedanken über die Klüfte zwischen den zwei Welten der Erwachsenen und der Jungen, stellte dann zwei andere Welten, Christentum und Unchristentum, einander gegenüber und schilderte in treffenden Bildern verschiedene Typen von modernen Menschen, die zwischen diesen zwei Welten stehen. Am Schluß erreichte seine Rede einen wundervollen Höhepunkt, als er den Glauben als die Brücke zwischen den zwei Welten von Diesseits und Jenseits pries. Schon dieser Abend führte über den oben genannten Zweck hinaus und wurde zu einer Ewangelisation für die Erwachsenen selbst. Der Bekenntnisgeist, das entschiedene Christentum, ist wahrhaftig nicht bloß der Jugend vonnöten, sondern erst recht den Erwachsenen. Ebenso ist die Gemeinschaft weniger ein Besitz der heutigen ev. Kirche, als eine Aufgabe. Die Bibelschule am Donnerstag wurde ein Ruf zur Gemeinschaft von gewaltiger Kraft. Es sprach der Laie, der Auswärtige, der Jugendarbeiter Dr. Horch, und der Theologe, der Einheimische, der Gemeindefarrer Stadtpfarrer Lang. Gemeinamer Text war das Hohenriesterliche Gebet Jesu. In der Welt — nicht von der Welt — aber zum Dienst an der Welt bereit — war das Thema des einen — Die Einigkeit der Gemeinde das des andern. Aus der Begeisterung der Stunde geboren, aus plündernden Herzen kommende Schlusssätze von Dr. Horch brachten die Gemeinschaft nieder zum Erlebnis. Diese Erwahnung werden sich mit der Jugend in herzlichster Dankbarkeit für den Besuch von Dr. Horch zusammenfinden. Freilich — weg mit der Gefühlsschwärmerei. Die sich mit der Versenkung in die Stimmung jeder Abende bemüht. Wo eine Persönlichkeit nicht auf unseren Willen wirkt, ist ihre Arbeit vergeblich. G.

Hilfswerk für die schulentlassene Jugend des Ruhrgebietes.

Die wirtschaftliche Notlage im Ruhrkohlengebiet ist durch die widerrechtliche Besetzung erheblich vergrößert worden. Infolge der dadurch entstandenen Teuerung haben neben den alten Leuten und haffenden Müttern ganz besonders wieder die Schulkinder furchtbar zu leiden. Milch gibt es kaum für die Säuglinge. Fleisch, Butter und Eier sind geradezu unerreichbar. Wie katastrophal die Wirkungen der Nachkriegszeit und besonders der

letzten Wochen sind, lehrt folgendes Beispiel: Bei der schülerärztlichen Untersuchung der Ostern zur Entlassung kommenden Kinder ergab sich in einem Stadtteil Essens, in dem die Verhältnisse noch garnicht am schlechtesten liegen, daß 58 Proz. dieser Kinder alle Anzeichen der Unterernährung an sich trugen und daß nur 1—2 Proz. von den Kindern als vollkommen gesund zu bezeichnen waren. Nun naht für die 14jährigen die Zeit der Schulentlassung. In eine Ueberfaltung in einen passenden Beruf ist bei vielen Kindern vorläufig nicht zu denken, weil sie nach dem ärztlichen Gutachten gesundheitlich den Anforderungen eines gewöhnlichen Berufes nicht gewachsen sind. Ein längerer Landaufenthalt ist unbedingt zur Kräftigung ihres Körpers erforderlich. Wegen der finanziellen Notlage sind die Städte des feindlichen Einbruchgebietes kaum in der Lage, größere Mittel für diese Zwecke bereitzustellen. Es wäre aber ein nicht mehr wieder gut zu machendes Vergehen wider das deutsche Volk, diese Kinder ihrem Schicksal zu überlassen, zumal in den Entwicklungsjahren, wo ihnen eine gute, kräftige Kost so notwendig ist. In diesen Tagen redet man soviel von der deutschen Notgemeinschaft. Hier ist ein Feld, wo die werktätige Liebe einsehen kann. Es handelt sich um die Rettung gesundheitlich gefährdeter Kinder aus den Gebieten, wo sich in den nächsten Wochen das Schicksal des ganzen deutschen Volkes entscheiden wird. Für jeden Volksgenossen solcher Gegenden, in denen Landwirtschaft überwiegt, muß es daher eine Herzensaufgabe sein, diesen unterernährten Kindern durch einen entsprechenden Landaufenthalt Gelegenheit zu geben, sich geistig und körperlich zu kräftigen. Durch Uebernahme leichterer Arbeiten und Handreichungen wird es den Kindern in diesem vorgeschrittenen Alter möglich sein, sich dankbar zu erweisen, um wenigstens einen Teil der Unterernährungskosten persönlich zu bestreiten. Zweekdienliche Mitteilungen über Unterbringungsmöglichkeiten in evangelischen wie katholischen Familien (eventl. auch als Lehrling) werden erbeten an das Städt. Berufsamt Essen-Muhr, Poststr. 2.

Keine Postpakete aus der Rheinpfalz.

Wegen der bevorstehenden Einrichtung der französischen Rheinpfalz ist der Paketverkehr aus der Rheinpfalz u. w. nach dem unbesetzten Deutschland bis auf weiteres eingestellt worden.

Staatspräsident Dr. Hieber zur politischen Lage.

(Stuttg.) Stuttgart, 20. Febr. In der Hauptversammlung der Deutschen demokratischen Partei von Groß-Stuttgart sprach Staatspräsident Dr. Hieber in einer nahezu zweistündigen Rede über die politischen Ereignisse des Jahres 1922. Zum Franzosenbruch sagte er: Von der Erhaltung der bis jetzt nicht gestörten Sicherheitsfront hängt alles ab, unser Abwehrwille muß mit einem Abwehrverstand gepaart sein. Wenn Frankreich Erfolg hat, dann ist das gleichbedeutend mit dem Sieg des Romanismus über das Germanentum. Lauter denn je müssen wir die Revision des Friedensvertrags fordern.

Landtag.

(Stuttg.) Stuttgart, 21. Febr. Der Landtag lehnte in seiner heutigen Sitzung die Anträge Winter (Soz.) betr. Grundsteuer nach dem gemeinen Wert und betr. Auskunftsüber die Steuersache Daimler ebenso wie einen Antrag auf Ermäßigung der Wandergewerbesteuer ab und befaßte sich in fortgesetzter Stotberatung zunächst mit der K r i e s b e s e i t i g u n g f ü r s o r g e, die von Rednern auf Partein als mangelhaft und revisionsbedürftig bezeichnet wurde. Minister Keil erklärte, die siebte Erhöhung der Teuerungszuschüsse siehe bevor. In Württemberg wurden 46 623 Kriegsbeschädigte und 60 786 verorgungsberechtigte Hinterbliebene gezählt. Es ist Sache des Reichs, das Versorgungsgesetz zu ändern. Beim Kapitel Zentralfelle für die Landwirtschaft wurde eine Reihe von Wünschen laut und zwar betreffend die Reblausbekämpfung, Förderung

10)

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

Wie unglaublich schlicht und einfach erschien ihr in diesem Augenblick sein Geburtshaus da drüben neben dem Glanz des Ereignisses, welches der Höhepunkt seines leipziger Siegeslaufes gewesen war, neben seiner Vermählungsfeier. Sie sah ihn noch vor sich, wie er zur Seite der Prinzessin, umschattet von dem ganzen Glanz des Hofgepräuges, an den Marmorsäulen gestanden. Das schmale Figürchen der Braut, in Spitzen und Atlasbauschen völlig verjüngt, hatte sich an seine hohe Gestalt so fest angelehnt, als könne er ihr, dessen Besitz sie sich energisch erkämpft, auch hier noch entziehen werden, und mit ihren funkelnden, schwarzen Beerenaugen hatte sie unverwandt, in leidenschaftlicher Zärtlichkeit zu ihm aufgesehen. Und er? Er war totenbleich gewesen, und sein bindendes „Ja“ hatte rau, fast heftig geklungen. Hatte ihn ein Schwindel auf dem Gipfel seines Glückes ergriffen, oder war ihm plötzlich ein Ahnen gekommen, daß er dieses Glück nicht lange besitzen werde, daß sich die liebestrahlenden, schwarzen Augen schon nach einem Jahre für immer schließen würden unter den Pinien und Palmen der Riviera, wohin der Reisewagen die Neuvermählten sofort nach der Trauung entführen sollte? ... Ja, dort in ihrer prächtigen Villa war die Prinzessin gestorben, nachdem sie einem Töchterchen das Leben gegeben, und dort lebte der verlassene Mann noch, um das sehr schwächliche Kind in dem milden Klima zu belassen, bis es erstarbt sein würde, wie man sagte; wohl aber auch, weil es ihm schwer werden mochte, den Schauplatz seines kurzen Glückes zu verlassen. In der Heimat war er nicht wieder gewesen, und das stille, einsame Haus dort drüben mochte er schwerlich wieder bewohnen, wenn er auch wieder zurückkam — und das war nur gut und wünschenswert für die Einsiedler im Eulenhäus und für den süßwühlenden Frieden der kleinen Waldhölzer.

Klaudine bog sich lächelnd über die Brustwehr des Turmes und sah hinab in den Garten, der sich wie ein buntes Schachbrett mit seinen Blumen- und Gemüsebeeten drunten hinbreitete.

Heinemann kam eben mit einem Arm voll kleingespartenen Holzes von den Ruinen her, und drunten durch die offene Glastür der Wohnstube klang die tiefe Brummstimme der großen Wanduhr herauf und schlug eisern an — es war Zeit, an den Herd zu treten.

„Arbeit schändet nicht!“ sagte Heinemann bald darauf in der Küche mit einem Seitenblick nach der ruhigen Pflanze, welche Claudine auf den Herd stellte. „Nein, ganz und gar nicht, und ein paar Nusskuchen verschimpfieren seine Finger auch nicht, so wenig wie es an meinen weißen Narzissen kleben bleibt, daß sie aus der schwarzen Erde getrocknen sind. Aber so vom Herzogshofe weg geradewegs ans Küchenfeuer — just so, als sollten meine schönen Glorinien auf einmal im Holzstall oder auf dem Sühnerhofe kampieren, ach, die armen Dinger! — Dazu gehört was, es würgt mir an der Kehle, wenn ich die Plauderei so mit ansehe. ... Ja, wenn es noch sein müßte! Aber es muß nicht sein, absolut nicht — das weiß ich selber! ... Und Sparen ist auch eine schöne Sache, ei ja! Ich sage ja meine paar Pfennig auch nicht durch die Gurgel, Gott bewahre! Aber alles was recht ist, gnädiges Fräulein!“ Er warf einen schelmischen Blick auf das dünne Butterbrotchen, das Claudine in die Pflanze gelegt hatte, um ein paar Tauben zu braten. „Das ist ja wie für 'nen Kartäuser!“ Er schüttelte den Kopf. „Nein, so knapp braucht's bei uns doch nicht herzugeben, so knapp nicht! ... Wir haben mehr, als Sie denken, gnädiges Fräulein!“

Er sagte das letztere auffallend langsam, mit nachdrücklicher Betonung. Die junge Dame sah mit großen Augen nach ihm hin. „Sie haben wohl einen Schatz gefunden, Heinemann?“ fragte sie lächelnd.

„Je nun, wie man's nimmt,“ meinte er, den Kopf wiegend, und um seine Augenwinkel erschienen zahllose Zärtchen, aus denen etwas wie verheimmlichtes Glück lachte. „Gold und Silber freilich nicht — du lieber Gott, blind könnte sich der Mensch in dem Trümmerhaufen guden und fände doch nicht das kleinste Hinterschen! Nein, damit ist's nichts! Das ist alles der Worbrennergesellschaft von dazumal an den Fingern hängen geblie-

ben — haben sie doch gar dem Jesukindchen das bishen Goldschachen von seinem Seidenrod gerissen! — Aber muß es denn gerade ein Spartopf oder so was wie Silberkannen oder Abendmahlskelche sein? ... Sehen Sie, zum Kloster hat einmal viel Land gehört. Von außen her sind Klosterjungfern eingetreten, die Hab und Gut, meist liegende Gründe, mit eingebracht haben, und das ist alles zu Klosterhöfen gemacht worden. Da hat's Zehnten an Korn, Federvieh, Honig und Gott weiß was noch, die schwere Menge gegeben, und die Klosterhöfe sind gut bewirtschaftet worden. Dazumal ist hier in dem Trümmerwerk Milch und Honig geflossen, wie im Lande Kanaan, und sollen es die Nonnen gar gut verstanden haben, aus den schönen Sachen genug bare Bagen zu schlagen. Gar manchmal haben da die Frachtwagen vor dem Kloster gestanden und Fässer und Kisten in die Welt 'nausgefahren. ... Ja, dumm sind die Frauenzimmerchen von dazumal nicht gewesen, dumm gar nicht! — Heide, Himbeeren und Heidelbeeren, das beste Bienenfutter, hat's hier auf den Klosterhöfen genug und übergenug gegeben, und da haben sie eine Bienenzucht gehabt, wie in unserer Zeit kaum die großen Güter in Ungarn. Na ja — und da bin ich gestern abend unten im Keller; ich hatte schon lange ein paar wacklige Steine an der Mauer gesehen; aber im Frühjahr gibt's immer viel zu tun, und dazu kam die Räumerei und das Reinmachen im oberen Stockwerk, und da verschob ich die Plauderei von einem Tag zu dem anderen. Gestern aber dachte ich doch, ich müßte mich schämen, und Sie hielten mich für einen lieberlichen Hausverwahrer, wenn Sie das sähen, und da hole ich mir gleich Kelle und Metzelgasse. Wie ich aber den ersten wackligen Stein anfaße, Herr meines Lebens, da wird es doch ordentlich lebendig unter meinen Fingern! Es rückt und wankt — kein Wunder, ist's doch auch nur in der Angst und Flucht gemacht gewesen — und ehe ich mich recht versche, ist das lieberliche Mauerwerk zusammengeprallt, und ich gucke in ein manns Hohes Höhlenloch — ja, in ein Gewölbe, von dem kein Erdenmensch mehr was gewußt hat! Und was war drin? — Wasch!“

(Fortsetzung folgt.)

